

Antrag der Fraktion der CDU

Gegen die Schließung des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie am Klinikum Bremen-Mitte – Für ein verlässliches Drogenscreening zur Gewährleistung von Kinderschutz in Bremen

Zu Beginn des Jahres wurde bekannt, dass das Labor für Pharmakologie und Toxikologie am Klinikum Bremen-Mitte unter dem Dach des Klinikverbunds Gesundheit Nord (GeNo) zum 28.02.2025 schließen soll, wie es heißt „aus Kostengründen“. Seit mehr als zehn Jahren übernimmt das Labor im Auftrag der Bereiche Soziales, Inneres, Justiz und Gesundheit und deren nachgeordneten Einrichtungen toxikologische Untersuchungen und Analysen. Hierbei kommt dem Drogenscreening von Eltern und Kindern, die im Rahmen von Familienhilfen seitens der Jugendämter unter Kontrolle stehen, ein besonderer Stellenwert zu. Denn schließlich geht dieses bundesweit beispielhafte Modell zurück auf den brisanten „Fall Kevin“ aus dem Jahr 2006, als das Jugendamt Bremen die Leiche des zweijährigen Jungen im Kühlschrank seines drogensüchtigen Ziehvaters fand. Kevin musste sterben, weil das Jugendamt damals das Kind in der Obhut seines Ziehvaters trotz vorheriger Verletzungen und Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung belassen hatte. Seither werden in Bremen einschlägig bekannte drogensüchtige Eltern und deren Kinder regelmäßig auf Drogen-, Alkohol- und Medikamentenrückstände untersucht. Das Labor für Pharmakologie und Toxikologie übernimmt die dafür notwendigen Untersuchungen von Windeln, Haar-, Urin- und Blutproben sowie Feststoffproben und testet auf Rückstände von Kokain, Heroin, Methadon und anderen psychotropen Substanzen. Die erhobenen Messwerte werden in Klienten-Akten festgehalten und somit langfristig Verläufe und Entwicklungen dokumentiert. Zudem erfolgen Meldungen der Befunde an die Fallmanager der Jugendämter und der Austausch mit ihnen.

Die Kontinuität dieser langjährigen und eingespielten Verfahren gerät nunmehr in Gefahr. Ursprünglich sollte das Labor nach Absprachen zwischen Gesundheits- und Sozialbehörde ab März 2025 von einem privaten Anbieter übernommen werden. Diese Pläne jedoch haben sich vorerst zerschlagen, eine zeitnahe Lösung ist nicht in Sicht. Ursächlich dafür sei nicht die Labortechnik, sondern nach Auskunft des Sprechers des Sozialressorts problematische „Probenentnahmen, die das alternative Bremer Labor nicht im erforderlichen Umfang sicherstellen könne“. Mit einem entsprechend vorgesehenen Umzug des Labors sei nicht vor Jahresende 2025 zu rechnen. Unklar ist zudem, wie mit der großen Anzahl von Fallakten verfahren wird und welche Regeln bei einer Übergabe greifen. Bei Schließung des Labors Ende Februar 2025 entstünde eine monatelange Versorgungslücke, die die CDU-Bürgerschaftsfraktion mit dem vorliegenden Antrag nicht duldet und verhindern will.

Auch Ärzte, vor allem Fachärzte für Pädiatrie, stellen sich in Brandbriefen an den Senat gegen die Schließung des Labors. Bereits im Herbst 2024 brachte die Bremer Qualitätssicherungskommission Substitution (QSK) in einem Protestschreiben an die GeNo-Geschäftsführung ihre Befürchtung eines zweiten „Fall Kevin“ zum Ausdruck, sollte das Modell enden. Die GeNo hält mit Verweis von Unwirtschaftlichkeit dagegen: „Das Labor arbeitet seit Jahren defizitär.“, so die Spre-

cherin des Klinikverbundes. In Rede stünden 200.000 Euro Defizit pro Jahr. Zudem geht der Leiter des Instituts Ende Februar 2025 in den Ruhestand; das Labor hänge an seiner Akkreditierung und ein geeigneter renommierter Wissenschaftler habe als Nachfolge bisher nicht rekrutiert werden können. Die QSK vertritt die Auffassung, dass ein privater Anbieter die beschriebenen Aufgaben und gelebten Kooperationen nicht zu leisten vermag. Zudem bestehen laufende Verträge zwischen Auftraggeber und GeNo; Sonderkündigungsrechte sind nicht vereinbart und es drohen Schadensersatzansprüche für mögliche entgangene Leistungen. Beim gegenwärtigen Auftragnehmer und Dienstleister handelt es sich um das einzige Labor, welches komplett forensisch toxikologisch und flexibel akkreditiert ist. Entgegen anderslautender Erklärungen der GeNo-Geschäftsführung sichere der jetzige Leiter des Labors auch künftig über eine Professur an der Uni Bremen die weitere Akkreditierung zu.

Es stellt sich die Frage, warum das Sozialressort hier seit Monaten tatenlos den Entwicklungen und Ankündigungen einer Schließung des Labors zusieht bzw. diese in Absprache mit dem Gesundheitsressort befürwortet? Denn schließlich sind nicht nur die Jugendämter in den Sozialzentren der Stadt Bremen, sondern auch die Fachdienste Soziales, Flüchtlinge und die Bewährungshilfe Auftraggeber für Testungen auf Substanzen. Zudem beauftragen auch Verkehrs- und Kriminalpolizei, Rechtsmedizin und Forensik sowie die Gewaltschutzambulanz, Geburtshilfen und Kinderklinik, der Drogenkonsumcontainer und die Onkologie das Labor mit toxikologischen Untersuchungen und Gutachten. Fragwürdig ist, inwieweit ein avisierter privater Anbieter vor allem über die hierfür notwendige forensische Akkreditierung verfügt und die besonderen Anforderungen bei Untersuchungen von Kindern erfüllt? Weitere Fragen stellen sich hinsichtlich der Verortung und Erreichbarkeit eines künftig privat geführten Labors. Ist sichergestellt, dass auch nach Anbieterwechsel die von den Ämtern beauftragten Untersuchungsverfahren medizinisch ärztlich gerechtfertigt sind? Bis dato ist unklar, wie viele Klienten und Patienten und welcher Personenkreis konkret von der Schließung des heute zentral gelegenen Labors betroffen sein werden? Weiterhin nicht geklärt sind nach Einstellung der jetzigen Strukturen die Sicherstellung der Identitätsprüfung, die Garantie unverfälschter Proben, die Anwendung geeigneter Prüfverfahren, die Einhaltung von Nachweisgrenzen, die gerichtliche Verwertbarkeit von Untersuchungsergebnissen und Nachuntersuchungen von Probenmaterial.

Angesichts dieser vielen Ungereimtheiten und offenen Fragen erhebt die CDU-Bürgerschaftsfraktion Einspruch gegen die offenbar zwischen den Ressorts Gesundheit, Soziales und Inneres vereinbarten Schließung des Labors für Pharmakologie und Toxikologie am Klinikum Bremen-Mitte. Wir erwarten zu den hier aufgeworfenen und weiteren offenen Fragen Auskunft vom Senat und von der GeNo-Geschäftsführung. Welche Gründe sprechen für und gegen eine Schließung bewährter Strukturen? Wie wurde das behauptete Defizit des Labors ermittelt? Welche Prüfungen haben hierzu mit welchen Ergebnissen stattgefunden und waren entscheidungsrelevant? Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert mit dem vorliegenden Antrag Transparenz und Nachvollziehbarkeit politisch getroffener Entscheidungen sowie auch eine Kosten-Nutzen-Abwägung beachtlicher Risiken, die mit der beabsichtigten Schließung des Labors verbunden sind. Vor allem aber ist eine nahtlose Sicherstellung des Drogenscreenings zur Abwehr von Kindeswohlgefährdung in Bremen zu garantieren.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge beschließen:

1. Die Bremische Stadtbürgerschaft wendet sich gegen die Schließung des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie am Klinikum Bremen-Mitte zum 28.02.2025 und darüber hinaus, sofern keine unmittelbare Anschlussversorgung in qualitativ und quantitativ ausreichender Kapazität gesichert ist. Ohne eine gesichert nahtlose Übernahme der dort erbrachten Untersu-

chungen, Analysen u.a. Dienstleistungen handeln der Klinikverbund Bremen Gesundheit Nord (GeNo) und der Senat gesundheits- und sozialpolitisch, insbesondere kinderschutzpolitisch verantwortungslos. In Doppelfunktion kommt hierbei der Gesundheitssenatorin und Aufsichtsratsvorsitzenden der GeNo eine besondere Verantwortung zu. Das Schutzprogramm für Kinder, mit dem Bremen nach dem „Fall Kevin“ bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen hat, darf nicht eingestellt und auch nicht vorübergehend auf Eis gelegt werden. Die Aufdeckung von Drogenmissbrauch bleibt ein wichtiger Baustein zur Sicherung von Kinderschutz und zur Gewährleistung von Kindeswohl in Haushalten drogensüchtiger Eltern.

Die Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) fordert den Senat auf,

2. die Abwicklung und Schließung des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie am Klinikum Bremen-Mitte zum 28.02.2025 abzuwenden und entsprechende Beschlüsse rückgängig zu machen;
3. die Übertragung der pharmakologischen und toxikologischen Dienstleistungen an einen privaten Anbieter nur dann zu erwägen, wenn sichergestellt ist, dass qualitativ adäquate Untersuchungen nach heutigem Maßstab dort ohne Versorgungslücke durchgeführt werden können;
4. die Arbeitsfähigkeit des Instituts für Pharmakologie und Toxikologie am Klinikum Bremen-Mitte bis zu einem möglichen Anbieterwechsel in vollem Umfang zu garantieren;
5. der Öffentlichkeit und Bürgerschaft, insbesondere der Gesundheitsdeputation, zeitnah über die Fortsetzung der qualifizierten Arbeit am Institut für Pharmakologie und Toxikologie am Klinikum Bremen-Mitte bzw. über den Aufbau geeigneter Alternativen zu berichten, hierzu Risikoabwägungen vorzunehmen und offene Fragen zu beantworten.

Sandra Ahrens, Rainer Bensch, Heiko Strohmann, Frank Imhoff und Fraktion der CDU